

Auszug
aus dem Protokoll der
Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
vom 08.11.2023

Top 2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

Der Jugendbeirat wird seine eingereichte Stellungnahme bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten vortragen.

Stellungnahme des Jugendbeirates zu den Sparvorschlägen

Zu erst gilt es festzustellen, dass auch der Jugendbeirat der Stadt Wedel der Meinung ist dass, angesichts des Schuldenberges von mehr als 90 Millionen Euro den die Stadt Wedel im Moment vor sich hat die laufenden Kosten im nächsten Haushaltsjahr gesenkt werden müssen bzw. Einsparmöglichkeiten gefunden werden müssen. Gleichzeitig ist es dabei aus Sicht des Jugendbeirats dringend geboten wichtige Pfeiler der sozialen Infrastruktur in unserer Stadt zu erhalten. Im folgenden nimmt der Jugendbeirat Stellung zu den Einsparvorschlägen aus der Verwaltung, die aus Sicht des Jugendbeirates insbesondere die Belange von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt betreffen.

Beschränkung auf die SLM-Software Itslearning: Die Beschränkung auf die SLM-Software Its Learning hält der Jugendbeirat aus Anwenderperspektive für ungünstig.. Der Jugendbeirat der Stadt Wedel würde es begrüßen wenn jede Schule die SLM- Software weiter nutzt, welche die entsprechende Schule im Moment nutzt. Der Grund hierfür ist, dass es aus Sicht des Jugendbeirates nicht tragbar ist denn Schüler*innen und Lehrer*innen, sowie allen anderen mit den Schulen in Verbindung stehende Menschen, sich teilweise zum wiederholten male mit einer neuen SLM-Software auseinandersetzen zu müssen. An den meisten Wedeler Schulen ist es nun endlich der Fall ,dass die Plattformen endlich zu einem Großteil mit allen Funktionen vollständig in das Schulleben integriert sind. Die Einführung einer neuen Software und die Schulung von Schüler*innen und Lehrer*innen auf dieser neuen Software würde viel Zeit in Anspruch nehmen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass der Betrieb einer neuen SLM-Software an den entsprechenden Schulen, gerade zu Beginn zu großen Schwierigkeiten in der Schulinternen Organisation führen, weil etablierte Verfahren geändert werden müssten. Sollte die Stadt Wedel jedoch beschließen sich auf eine Software festlegen zu müssen, priorisiert der Jugendbeirat die Plattform iServ, weil diese im Moment von den meisten Wedeler Schüler*innen benutzt wird, sowie auf Grund der Tatsache dass sie alle Funktionen bündelt.

Die beiden Maßnahmen zum Nachverhandeln der Landeszuweisungen zur Schulsozialarbeit sowie zur Kürzung der Mittel bei der Schulsozialarbeit werden der Einfachheit halber zusammen in einem Absatz behandelt.

Nachverhandeln der Landeszuweisungen für die Schulsozialarbeit/Kürzung der Schulsozialarbeit:

Der Jugendbeirat begrüßt den Vorschlag der Stadt Wedel die Zuweisungen des Landes zur Schulsozialarbeit neu zu verhandeln. Dies ist ein Punkt an dem nicht gespart werden darf, da perspektivisch gesehen wir in den Schulen nicht weniger Kapazitätsbedarf bei der Schulsozialarbeit sehen, sondern aus Sicht des Jugendbeirates stattdessen sogar eine Erhöhung der Kapazitäten bei der Schulsozialarbeit, aufgrund der gestiegenen Bedarfes , angemessen wäre. Gerade nach der Corona Pandemie haben immer mehr Schüler*innen Gesprächsbedarf oder mit psychischen Problemen zu kämpfen. Die Schulsozialarbeit ist oft die erste Anlaufstelle für Schüler*innen mit psychischen Problemen und sind oft die erste Anlaufstelle noch vor Freunden, Pädagogen oder Eltern. Mit der Corona Pandemie hat die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die unter psychischen Problemen leiden noch einmal zugenommen. Schulen sind nicht nur Lernorte, sondern stellen auch wichtige Kommunikationsorte für Kinder und Jugendliche da und sind dazu wichtige Orte für die Soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Schulsozialarbeit ist dabei aus Sicht des Jugendbeirates eine unerlässliche Stütze im Gefüge des Sozialraums Schule. ¹Die Bewältigung von Übergängen fand gerade bei Jugendlichen in dieser Zeit unter erschwerten Bedingungen stat. Eine

1

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Schulsozialarbeit/Leitlinien_Schulsozialarbeit_A5_gesamt.pdf

bundesweite Jugendamtsumfrage des Institutes für sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) ² hat ergeben, dass ein Mehrbedarf an Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der Erziehungsberatung und der Schulsozialarbeit besteht. Studien zeigen das Kinder und Jugendliche den Zugang zu einem stabilen Sozialen Netz haben mit den Folgen der Corona Pandemie besser zurechtkommen, als welche deren Zugang zu diesem Sozialen Netz unzureichend ist. ³ Der Jugendbeirat betont, dass aus seiner Sicht die Stadt Wedel ihrer gesellschaftlichen Pflicht nachkommen muss, die psychischen Folgen der Corona Pandemie, für alle Schüler*innen der Stadt Wedel unabhängig von den finanziellen Mitteln der Eltern der Schüler*innen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten abzufedern. Gerade weil es dazu auch einen grassierenden Mangel an Therapieplätzen gibt, stellt die Schulsozialarbeit hier eine existenziell wichtige Rolle im Erkennen von psychischen Problemen der Schüler*innen⁴ und der Beratung von Schülern in schwierigen Phasen ihres Lebens da. Des Weiteren bilden sie aus Sicht des Jugendbeirates eine unersetzliche Schnittstelle zwischen den Schulen und den Trägern der Jugendhilfe.⁵ Die Kräfte der Schulsozialarbeit sind schon jetzt an den Grenzen ihrer Belastung. Eine Kürzung der Mittel bei der Schulsozialarbeit, würde nicht nur ein erheblicher Verlust für Schüler*innen mit psychischen Problemen, sondern auch für alle anderen Schüler*innen der Stadt Wedel bedeuten. Des Weiteren würden Kürzungen bei der Schulsozialarbeit aus Sicht des Jugendbeirates auch dazu führen, dass Präventionsangebote, die von der Schulsozialarbeit durchgeführt werden, nicht mehr stattfinden könnten, weil sie im Konflikt mit der persönlichen Beratung der Schüler*innen stehen würde. Gerade dadurch das Schulsozialarbeit niedrigschwellig wirkt, hilft es frühzeitig Schüler*Innen und Schüler. Jeder Schüler, der durch die Arbeit der Schulsozialarbeit es schafft, seinen Schulabschluss zu machen, kann ein Schüler weniger sein der später als Erwachsener hohe Kosten für das Sozialsystem bedeutet. Mit Kürzungen bei der Schulsozialarbeit sind wichtige Ziele wie Integration und Inklusion an den Schulen in Wedel aus Sicht des Jugendbeirates in Zukunft nur noch eingeschränkt möglich. Schulsozialarbeit erhöht die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und trägt spürbar zur Verbesserung des Lernumfeldes für alle Wedeler Schüler*innen bei. Auch den Einsatz von ein und demselben Mitarbeiter der Schulsozialarbeit an unterschiedlichen Schulen sieht der Jugendbeirat nicht als gute Lösung im Sinne der Schüler*innen. Die Schulsozialarbeit lebt davon, dass sie niedrigschwellig zu erreichen sind und mit allen Personen und Abläufen in der Schule der Schüler*innen vertraut sind. Dieses ist aus Sicht des Jugendbeirates bei dem Einsatz von ein und derselben Person an mehreren Schulen nicht in dem Maße möglich, wie bei der Konzentration auf einer Person auf eine Einzige Schule. Einzig beim Einsatz in der Prävention scheint der Schulübergreifende Einsatz von Personal der Schulsozialarbeit möglich. Kürzungen bei der Schulsozialarbeit scheinen kurzfristig finanziell die Stadt zu entlasten, der langfristige Schaden scheint, jedoch weit aus höher zu sein. Diese Argumente sollten auf jeden Fall auch bei den Verhandlungen mit dem Land angebracht werden. **Der Jugendbeirat der Stadt Wedel lehnt jegliche Kürzungen bei der Arbeit der Schulsozialarbeit ab.** Aus Sicht des Jugendbeirates sollte die Stadt Wedel trotz der prekären finanziellen Lage alle Möglichkeiten die zur Verbesserung der Situation der Schulsozialarbeit. beitragen genutzt werden.

Weitere Erläuterungen folgen mündlich.

² <http://www.bagljae.de/>

³ <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/-/drei-jahre-corona-folgen/329254>

⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/psychotherapie-platzsuche-tipps-100.html>

⁵ https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/I/inklusive_schule/Schulsozialarbeit.html

Einstellung von Wespi oder abtreten an die Wedeler Kirchen.

Die Einstellung von Wespi wird vom Jugendbeirat gerade wegen der vielen positiven Einflüsse des Wespi auf die Kinder unserer Stadt zwar bedauert, jedoch sieht der Jugendbeirat angesichts der Haushaltslage auch den Kostenfaktor. Der Jugendbeirat würde es jedoch **ausdrücklich** begrüßen, wenn die Stadt Wedel ein Fortbestand des Wespi zum Beispiel in ehrenamtlicher Trägerschaft durch die Kirchengemeinden ermöglicht.

Erhöhung der Versäumniszuschläge und Mahngebühren der Stadtbücherei um 50% sowie Reduzierung der Ausnahmetatbestände der Gebührenpflicht. Verzicht auf Außenstadtorte und Außendienste der Stadtbücherei.

Eine Erhöhung der Mahngebühren und Versäumniszuschläge der Stadtbücherei ist angesichts der Haushaltslage verständlich. Aus Sicht des Jugendbeirates sollte dabei jedoch immer beachtet werden, dass die Stadtbücherei, gerade für Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien eine gute Möglichkeit ist die Freude am Lesen zu pflegen. Auch eine Reduzierung der Ausnahmetatbestände von der Gebührenpflicht ist verständlich, wobei dabei aus Sicht des Jugendbeirates die Gebührenbefreiung von Wedeler Schülern weiterhin beibehalten werden sollte, damit der Zugang zu Büchern und damit zu Bildung auch für Kinder und Jugendliche weiterhin kostenfrei möglich ist.

Der Verzicht auf Außenstadtorte der Bücherei ist für den Jugendbeirat eine akzeptable Sparmaßnahme. Eine Weiterbetrieb der Stadtorte an den Schulen z.B. ehrenamtlich durch Lehrer oder Eltern wäre wünschenswert.

Erhöhung der Gebühren für die Schulkinderbetreuung um 10%

Der Jugendbeirat nimmt den Sparvorschlag zur Erhöhung der Gebühren für die Schulkinderbetreuung um 10% zu Kenntnis. Der Schritt ist angesichts der Haushaltslage der Stadt Wedel verständlich, jedoch trotzdem nicht begrüßenswert, weil für die Eltern aus Familien mit geringerem Einkommen es wichtig ist, die Kinder, denn ganzen Tag betreuen zu können. Des Weiteren profitieren gerade Kinder aus einem „sozial schwachen „Umfeld von den Möglichkeiten der Schulkinderbetreuung. Die Stadt Wedel sollte deswegen, aus Sicht des Jugendbeirates von Erhöhungen der Gebühren für die Schulkinderbetreuung, nach der diesmaligen Erhöhung, dringend absehen.

Erhöhung der Gebührensätze, insbesondere der Erwachsenen an der Musikschule Wedel (Vorschlag BV 2022)/ Kostenerstattung für Musikschulunterricht vom Land einfordern.

Eine Erhöhung der Gebührensätze an der Musikschule Wedel, sieht der Jugendbeirat kritisch wenn es die Erhöhung der Beiträge für Kinder, jugendliche und junge Erwachsene betrifft. Aus Sicht des Jugendbeirates sollte für alle Kinder und Jugendliche der Stadt Wedel die Möglichkeit bestehen Musikunterricht zu nehmen, weswegen der Jugendbeirat eine Erhöhung der Gebührensätze für Kinder und Jugendliche strikt ablehnt. Der Jugendbeirat begrüßt nachdrücklich den Vorschlag der Verwaltung Kostenerstattung für Musikschulunterricht vom Land einzufordern.

Stellungnahme des WKP bezüglich Spielplatzschließungen



In der zur Debatte stehenden Beschlussvorlage für den BKS und den UBF wird eine Schließung von zunächst 5 Spielplätzen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Wedels gefordert. Wir vom Wedeler Kinderparlament sprechen uns klar gegen diese Beschlussvorlage aus und fordern einen Stopp der politischen Debatte um Spielplatzschließungen. Wir erkennen zwar die Notwendigkeit von Einsparmaßnahmen im Bereich des städtisch zu unterhaltenden Spielraumes an, jedoch fordern wir in diesem Prozess mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sowie eine valide, nachvollziehbare Argumentation für die zu schließenden Spielplatzstandorte z.B. im Rahmen einer Spielleitplanung.

Da die Entscheidung auf alle, die Wedels Spielraum aktiv nutzen, direkten Einfluss hat, sind wir davon überzeugt, dass die Öffentlichkeit unverzüglich über die Kriterien der Standortentscheidung informiert werden sollte. Dabei sollten die Kriterien nicht nur öffentlich einsehbar sein, sondern in einer Pressemitteilung für die Öffentlichkeit aufbereitet werden.

Da unserer Auffassung nach die Faktoren, die einen Spielplatz als zu schließen deklarieren, bisher sehr willkürlich sind, fordern wir ein Aussetzen der politischen Debatte um Spielplatzschließungen und eine darauffolgende Neubewertung der Spielplätze im Rahmen einer Spielleitplanung unter Beteiligung von Kindern (und Jugendlichen). Diese würde unter externer Leitung stattfinden, wie sie beispielsweise die Stadt Itzehoe auch schon durchgeführt hat. Mit dieser Entscheidungsgrundlage kann dann die politische Debatte um Spielplatzschließungen aufgenommen werden. Nur so können alle Seiten im Entscheidungsprozess mit einbezogen und transparente und nachvollziehbare Entscheidungen gefällt werden.